

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei halbjährlicher Lieferung des Hefts für Groß-Deutschland 12.- M., im Ausland 14.- M., bei Vorzahlung 10.- M. für Deutschland und Österreich 10.- M., für das übrige Ausland 12.- M., einschließlich Postzuschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 3.- M., für das übrige Ausland 4.- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die schlagzeilenreiche Kampfbroschüre oder deren Raum kostet 2.- M., einschließlich Kreuzungsgebühr. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Kreuzungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Gebirgs-Anzeigen 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen 1,50 M. netto pro Zeile. Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Druckverleger: Zentrum Nr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ruhe in Oberschlesien

Am Vorabend der Abstimmung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Kattowitz, 18. März.

Es ist anzunehmen, daß die Abstimmung und der Abstimmungstag selbst ruhig verlaufen werden, abgesehen von kleineren Zwischenfällen, die bei der nationalen Verberbung der Volksteile unvermeidlich sind. Sowohl von deutscher wie von polnischer Seite wird versichert, daß alles geschehen solle, um die Abstimmung vor jedem Terror zu bewahren. Allerdings veröffentlichten beide Seiten fortwährend Notizen und Artikel, durch die der Beweis erbracht werden soll, daß stets die andere Seite der Unruhestifter sei. Den Polen sollen Dokumente in die Hände gekommen sein, aus denen hervorgehe, daß die Deutschen einen vollständigen Plan zum Angriff auf die vorausichtlich vorwiegend polnisch abstimmbaren Gebiete hätten. Der deutsche Plebiszit-Kommissar Dr. Putzschek bestritt entschieden, daß die deutsche Organisation jemals derartige Pläne entworfen habe. Umgekehrt soll es auch polnische Pläne dieser Art geben, nach denen Oberschlesien gewaltsam von den Polen besetzt werden würde. Man kann annehmen, daß alle Dokumente dieser Art erfälscht und auf Bestellung vorgefertigt sind. Den Anreiz dazu bieten die hohen Belohnungen, die von beiden Seiten ausgesetzt werden, um den Schandtatener Gegener auf die Spur zu kommen. Auf jeden Fall muß dringend davor gewarnt werden, den Gerüchten über bevorstehende Unruhen und Störung der Abstimmungsarbeiten Glauben zu schenken.

Man muß anerkennen, daß die Maßnahmen der internationalen Kommission zum Schutze der Abstimmung mit möglicher Objektivität angeordnet und durchgeführt werden. Es sind bedeutende Truppenkonzentrationen in Oberschlesien eingetroffen, und wenn auch nicht jedes kleinste Dorf mit Soldaten besetzt werden kann, so dürfte das Truppenangebot doch genügen, um die geordnete Abstimmung sicherzustellen. Es ist freilich kein Zeichen besonderer polnischer Reife, wenn ein demokratischer Akt wie die Abstimmung vom Militarismus beherrscht werden muß. Es ist nirgends zu beobachten, daß die alliierten Soldaten einen Unterschied zwischen der deutsch und polnisch sprechenden Bevölkerung machen. Es ist zu verstehen, daß einzelne Mannschaften nicht besonders höflich gegen das Publikum sind, aber es ist falsch, zu behaupten, daß hierbei die Deutschen schlechter fortkommen, als die Polen. Auch die Franzosen bemühen sich, bei aller Sympathie für die Polen, keinen Unterschied in der Behandlung der Bevölkerung aufkommen zu lassen.

Unter den Kommunisten herrscht, so gering ihre Zahl auch im allgemeinen ist, doch die größte Verwirrung. Man weiß

nicht recht, welche Parole eigentlich die richtige ist, ob die auf Stimmenthaltung oder die auf Stimmenabgabe für Sowjetrußland. Aber ein Teil ihrer Leute kümmert sich um beide Parolen nicht, sondern fordert seine Gesinnungsgenossen auf, für Deutschland zu stimmen. Die obererschlesische „Rote Fahne“ hat alle Hände voll zu tun, um diese Abtrünnigen als bezahlte Spitzel und gefaule Elemente zu beschimpfen. Dabei sind es nicht die schlechtesten Leute, die die Parolennarrerei nicht mitmachen, sondern sich der Stellungnahme der U.S.P. anschließen.

Die polnische Presse veröffentlicht einen neuen Aufruf, in dem den Abstimmenden versprochen wird, daß ihnen Polen „Freiheit“, „Glück“ und „Wohlfahrt“ sichern werde. Am Sonntag werden endlich unsere Ketten fallen. Wir werden in das Land der Freiheit eingehen. Unterirdischen ist der Aufruf vom polnischen Plebiszit-Kommissar Dr. Korfant, von der Nationalen Arbeiterpartei, von der Christlichen Volksvereinigung für Oberschlesien, von der Schlesischen Volkspartei und schließlich von der Polnischen Sozialistischen Partei (P.P.S.), unterzeichnet Josef Binajewicz.

Die P.P.S. markiert also gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien, den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse, ins „Land der Freiheit“. Der Aufruf ist vom 17. März gezeichnet. Noch am Vormittag dieses Tages hat Binajewicz in einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Freiheit“ die bisherigen nationalistischen Ausschreitungen seiner Partei bedauert und weiter beteuert, daß er und seine obererschlesischen Freunde nichts damit zu tun hätten. Man sieht nun, was von diesen Versicherungen zu halten ist. Diese Sozialisten wollen in trautem Verein mit den Vertretern der polnischen Reaktion die Arbeiter zur Freiheit, zu Glück und anderen schönen Dingen dieser Art geleiten. **Wachere Klassenkämpfer!**

Ein französischer Prügelstoß

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Kattowitz, 19. März.

Ein bedauerlicher Zwischenfall hat sich gestern hier zugetragen. Der Vertreter der „Polnischen Zeitung“, Dr. Manfred Georg, wurde am frühen Morgen dem französischen Militärkommandanten vorgeführt. Die Veranlassung dazu hat eine Notiz über eine Veranstaltung der heimatsstreuen Oberschlesier, die von den Polen gewaltsam gestört worden sein soll, und durch die sich der Kommandant verletzt fühlte. Der französische Offizier beleidigte erst den Pressevertreter und schlug ihn mit der Hand ins Gesicht. Die hier anwesenden Vertreter der deutschen Presse haben in einem Telegramm an die internationalisierte Kommission Protest eingelegt und Genußnahme für die Verletzung der Pressefreiheit gefordert. Das gleiche Verlangen ist an die Reichsregierung gerichtet worden.

Der russisch-polnische Friedensvertrag unterzeichnet

Urb.-Tel. Nizza, 18. März.

Der russisch-polnische Friedensvertrag wurde heute abend 10 Uhr unterzeichnet. Der Vertrag enthält 26 Paragraphen. Danach bleibt die in den Waffenstillstands-Behandlungen festgelegte Demarkationslinie nunmehr als Grenzlinie zwischen Rußland und Polen bestehen, nur in den Gebieten von Binn- und Polioje erhält Polen noch insgesamt dreitausend Quadrat-Kilometer Land. Der Vertrag sieht eine Abgabe aller Kulturwerte und Kunstgegenstände, die seit dem Jahre 1772 dem polnischen Besitz entnommen worden sind, an Polen vor. Außerdem erhält Polen dreißig Millionen in Gold und wird von der Verpflichtung befreit, für die Schulden der früheren russischen Regierungen anteilswise aufzukommen.

Die Widersprüche des Versailler Vertrages

Neuer Kommentar zu den 20 Milliarden Goldmark

EE. Paris, 19. März.

Die Note der Wiedergutmachungskommission an die deutsche Regierung, daß bis zum 1. Mai der noch verbleibende Rest von den 20 Milliarden zu zahlen ist, erfährt durch diese Kommission einen neuen Kommentar, worin erklärt wird, daß die Bestimmungen des Artikels 235 mit jenen des Artikels 12, Anhang 2 in Verbindung steht. Der Artikel 235 enthält imperative (bindende) Vorschriften. Wenn Artikel 12, Anhang 2 ausführt, daß Deutschland seine insolventen Bonds durch neue zinstragende Bonds austausche, so besteht darin kein Widerspruch. Der Artikel 235 hat unbedingt durchgesetzt zu werden.

Mit dieser Auslegung ist der „Rat“ nicht einverstanden. Er erklärt, daß allerdings der Artikel 235 in imperativer Form bestimmt, daß Deutschland 20 Milliarden Goldmark vor dem 1. Mai 1921 zu bezahlen hat. Andererseits erklärt Artikel 12, Anhang 2, daß die von den Deutschen übergebenen Bonds von 20 Milliarden Goldmark im Falle sie am 1. Mai nicht amortisiert waren, durch neue Bonds, die Zinsen tragen müssen, ersetzt

werden. Da die Wiedergutmachungskommission die bisherigen Leistungen Deutschlands auf acht Milliarden Goldmark berechnet, von denen drei Milliarden auf das Wiedergutmachungskonto zu buchen sind, so hätte Deutschland am 1. Mai 1921 für 17 Milliarden neue Bonds auszugeben. Die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages künden offensichtlich im Widerspruch miteinander und Deutschland macht offensichtlich alles, um aus den Nachlässigkeiten der Abfassung des Friedensvertrages seine Vorteile zu ziehen.

Die 50 prozentige Ausfuhrabgabe

Annahme der englischen Gesetzesvorlage im Unterhaus

HR. London, 19. März.

Das Unterhaus hat die Gesetzesvorlage über die 50-prozentige Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren in dritter Lesung mit 132 gegen 15 Stimmen angenommen. Das Gesetz tritt am 31. März in Kraft. Güter, über die ein Vertrag bis zum 18. März abgeschlossen war, dürfen bis zum 15. April eingeführt werden, und unterliegen nicht der Abgabepflicht.

Der belgische Gesetzentwurf

Die Gesetzesvorlage über die 50-prozentige Abgabe auf deutsche Waren wird am Dienstag in der belgischen Kammer eingereicht werden.

18 monatige Militärdienstzeit in Frankreich

Paris, 18. März.

Nach einer Havasmeldung hat der Heeresausschuß der Kammer die achtzehnmönatige Dienstzeit für die Jahresschiffe 1922 und für die folgenden Jahresschiffe ohne Veränderung der von der Regierung gemachten Vorbehalte angenommen und die Dienstzeit für die Jahresschiffe 1921 und 1922 auf zwei Jahre festgelegt. Auf Antrag des Generaloberbefehlshabers hat der Ausschuß dem Rekrutierungsgesetz einen Artikel hinzugefügt, der bestimmt, daß nach Einstellung der Jahresschiffe 1925 der Kriegsminister dem Parlament einen Bericht zugehen lassen soll, ob es möglich sei, von 1926 an die Dienstzeit des aktiven Heeres auf eine noch kürzere Frist als achtzehn Monate einzuschränken.

Die Tragödie des ungarischen Nationalbolschewismus

Von Julius Braunthal, Wien

Im Auftrage der sozialdemokratischen Emigranten haben die ehemaligen Volkskommissare, Wilhelm Böhm, Alexander Garbai, Siegmund Kunfi und Joltan Ronai der internationalen sozialistischen Konferenz in Wien eine Denkschrift über die Rolle der ungarischen sozialdemokratischen Partei in der Räteregierung überreicht. Es ist das erste sozialdemokratische Dokument über das Werden und den Niedergang der ungarischen Kommune. Während die kommunistischen Emigranten — mit der einzigen, rühmlichen Ausnahme Barga's, der sich mit wissenschaftlichem Ernste und Borurteilslosigkeit bemüht hatte, die ökonomischen Erfahrungen der proletarischen Diktatur zu sichten — die Welt mit ihren üblen Schmähchriften über den „Verrat“ ihrer sozialdemokratischen Kampfgesossen, die treu und ehrlich im aussichtslosen Kampfe ausgeharrt hatten, überschwemmen, erachteten die sozialdemokratischen Emigranten es als ihre vornehmste proletarische Pflicht, ihre ganzen Kräfte dem Kampfe wider den weißen Schrecken der Konterrevolution zu widmen.

Was beispielsweise der bestgeheftete und vielverleumdete Siegmund Kunfi zur Organisierung des internationalen Widerstandes des Proletariats, ja, der ganzen Kulturwelt gegen Horthy-Ungarn in unermüdlicher, unbeirrbarer, zäher Arbeit beigetragen hat, sichert ihm mit Recht die Anerkennung der sozialistischen Arbeiterschaft aller Länder. Die Denkschrift, in der nun zum erstenmal die ungarischen Sozialdemokraten die historische Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Räteregierung feststellen, lehnt es mit würdevoller Zurückhaltung ab, an das kommunistische Lügengewebe, das ihre proletarische Ehre zu verbunkeln bemüht ist, mit der kritischen Sonde heranzutreten. Sie begnügt sich mit der Darstellung der ökonomischen, sozialen, nationalen und massenpsychologischen Triebkräfte, die das Werden und Vergehen der Räteregierung verursacht haben.

Ungarn war bis zum Oktober 1918 das einzige Land Europas, einschließlich der Türkei, in der die Arbeiterklasse völlig machtlos war, weder Anteil an der Volksvertretung hatte, noch selbst ein Koalitionsrecht besaß. Bis zur Revolution hatte die Arbeiterklasse weder im Parlament, noch in einer der vielen tausenden Gemeinden einen Vertreter; es bestand außer den Gewerkschaften nicht einmal eine politische Arbeiterpartei, die zwanzigmillionenköpfige Bevölkerung des Landes konnte nur durch eine einzige sozialistische Tageszeitung beeinflusst werden. Es leuchtet ein, daß die Arbeiterklasse für ihre riesengroße Aufgabe, die ihr die Revolution stellte, geistig und organisatorisch nur ungenügend gerüstet war.

Es kam der Zusammenbruch der Adels herrschaft. Der Volkszorn legte die feudalen und bürgerlichen Parteien, die bisher eine grausame Klassenherrschaft ausgeübt hatten, im Sturme hinweg. Der Arbeiterklasse fiel die Macht kampflös zu; sie, die Trägerin der Heilsbotschaft des Sozialismus, wurde zur selbstverständlichen Führerin der Revolution. Die Revolution hatte drei Aufgaben zu lösen: politisch, die Aufrichtung einer demokratischen Republik, national, die Scheidung der nichtmagyarischen von der magyarischen Nation, sozial, die Abschaffung der feudalen Grundbesitzer. Da aber die industrielle Arbeiterschaft die Revolution trug und führte, verlor sie auch, so viel die Umstände gestatteten, an sozialistischen Gedanken zu verwickeln. Was in den wenigen Monaten wirklich geschaffen wurde, ist gewaltig, an den Zuständen gemessen, die vor der Revolution in Ungarn herrschten. Die politische Revolution wurde restlos durchgeführt, die Verfassung und Verwaltung des Staates auf breite, demokratische Grundlagen gestellt, die kaiserliche Armee völlig zerstört und eine proletarische Wehrmacht geschaffen, eine sozialistische Schul- und Kulturpolitik eingeleitet.

Aber das alles war wohl Voraussetzung und erster Auftakt zum Sozialismus, aber keineswegs seine Verwirklichung. Denn trotzdem die Arbeiterklasse unumschränkt im Staate herrschte, konnte sie es nicht hindern, daß sich ihre wirtschaftliche Lage verschlechterte. Die getreidereicheren Gebiete gingen bei der Aufteilung des Landes an die Nachfolgerstaaten verloren, Industrie und Handel lagen infolge der allgemeinen Weltkrise und der besonderen Wirtschaftsnote aller ehemaligen Staaten der Donaumonarchie darnieder, die Zahl der Arbeitslosen war riesengroß und in stetem Wachstum, das Brot wurde knapper. Aber die Massen hatten sich gerade von der Herrschaft der Sozialdemokratie eine erhebliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhofft. Sie glaubten, daß die Herrschaft der Sozialdemokratie, als die Bürgerpartei der von Wilson geforderten Demokratie, dem Lande auch einen „gerechten“ Frieden bringen werde, der ihre nationalen Entfaltungen nicht verhehe. Indes auch das Vassallenstillstandsedittal war grausam und hart und entflammte die nationale Empörung. Die Parteien hatten von der sozialdemokratischen Regierung die Aufteilung des Großgrundbesitzes gefordert. Diese aber wollte zumindest die Agrarreform gemäß den sozialistischen Grundfäden lösen: also nicht Aufteilung, sondern Vergeistlichung des Bodens. Das vermochte die

Bauern und Landarbeiter nicht zu begreifen. Auch sie zogen sich enttäuscht von der Sozialdemokratie zurück.

Und nun traten die Bolschewiki in die Kampfarena. Sie versprachen den Massen die Erfüllung aller ihrer Wünsche; zunächst und vor allem ihrer nationalen. Was Wilson dem Lande geraubt hatte, das werde Lenin dem Lande wieder gewinnen. Der ungarische Kommunismus war vom ersten Tage seiner Wirksamkeit an nationalbolschewistisch; aus dem Nationalbolschewismus zog er seine stärkste Kraft, die ihm schließlich die Herrschaft brachte. Den unzufriedenen Massen in den Städten versprach er bedenkenlos eine sofortige und erhebliche Besserung ihrer Lage, wobei er gleichzeitig skrupellos ihre Unzufriedenheit schürte und aufstachelte und sie zu maßlosen Ansprüchen verleitete. Er verwendete seine ganze Kraft, um den Aufbau der demokratischen Republik zu sabotieren, um desto wirkungsvoller hernach nachweisen zu können, daß die Demokratie ein ungeeignetes Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sei.

Die Bauern, unbefriedigt und in Gärung gegen den Versuch einer sozialistischen Lösung der Agrarfrage, die Städte erfüllt von den aufgeregten Soldaten, Arbeitlosen und industriellen Proletariat, die Intellektuellen ganz im Sinne des Nationalbolschewismus — diesen Widerständen gegenüber reichte die Kraft der Sozialdemokraten nicht aus, dazu die nationale Krise, durch eine Note des Oberst Bog entsetzt, der die sofortige Räumung neuer großer Gebiete forderte und die so festgesetzte strategische Linie als die definitive Grenze bezeichnete. Die bürgerlichen Koalitionsparteien lehnten die Verantwortung für die Erfüllung der Ententeorderung ab. Sie traten aus der Regierung aus.

Die Sozialdemokratie, der nun Macht und Verantwortung überlassen war, mußte nun daran gehen, die proletarische Einheitsfront herzustellen. Die kommunistische Partei war ganz schwach, sie zählte nur 5000 Mitglieder, aber die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter waren kommunistisch gesinnt. Die nationalbolschewistische Stimmung wurde durch das brutale Ententeblitzgewaltig entfacht. Es war für alle Parteien, alle Klassen, alle Schichten der Bevölkerung unannehmbar. Alle forderten die Zurückweisung der Ententeorderung, das heißt, den Krieg. Dieser war jedoch nur auf dem Boden der sozialistischen Einheitsfront möglich.

Ein Krieg ohne eine Verständigung mit den Kommunisten, das wäre der Krieg Kerenski mit dem proletarischen Aufstand im Rücken, das wäre die Preisgabe der sozialistischen Bodenseite, also die Hinopferung des Sozialismus in Ungarn, das wäre letzten Endes die Politik Kossels gewesen. . . . Zwischen die Möglichkeiten, einen Bürgerkrieg gegen die besitzenden Klassen oder gegen das Proletariat zu führen, gestellt, entschied sie (die sozialdemokratische Partei) sich für die Diktatur des Proletariats. So wurde in einem Lande, wo außer der unklaren und stets wechselnden Stimmung der Massen alle Voraussetzungen der sozialen Revolution fehlten, die Diktatur des Proletariats ohne irgendwelchen Widerstand aufgerichtet.

Das Proletariat besaß weder die geistige noch die organisatorische Fähigkeit; in diesen Widerprüchen ging die Revolution zugrunde. Und daß die ungarische kommunistische Partei die Revolution gewissenlos herbeigeführt hat, ohne die Voraussetzungen zu prüfen, ob sie auch zu behaupten sei, das ist ihre geschichtliche Schuld. Die sozialdemokratischen Führer erachteten es, ohgleich ihnen das Verhängnis der Machtergreifung vom ersten Augenblick an offenbar war, als ihre selbstverständliche Pflicht, beim Proletariat zu verhärten und zu versuchen, die unvermeidliche Niederlage zu mildern.

Die Rätediktatur vermochte naturgemäß die Wünsche der arbeitenden Klasse nicht zu erfüllen. Der ringen um den Grenzen des Landes lodende Kriegsbrand, die Blockade, die allmählich einsetzende Sabotage der Intellektuellen, die Desorganisation der Industrie, des Verwaltungsapparates des Staates, die Teilnahmslosigkeit und in späterer Folge die Feindschaft der bäuerlichen Bevölkerung steigerte den Notstand des Staates ganz außerordentlich. Die begehrteste Stimmung der Massen schlug bald um. Es setzte nun eine Terrorherrschaft ein, die das Widerstandszentrum verstärkte. Der Zusammenbruch war unvermeidlich.

Die Sozialdemokratie hat ihre gesamten moralischen und materiellen Kräfte auf, um die Diktatur zu stützen. Sie war es, die nach dem Zusammenbruch der ersten Armee am 2. Mai aus ihren Reihen, aus den Reihen der Gewerkschaften, eine zweite Armee aufstellte, die den verlorenen Krieg in einen siegreichen wandelte. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften waren es, die die völlig desorganisierte Produktion emporhoben, die die Grundlagen eines neuen Verwaltungsapparates legten, die schlechtweg alles, was an sozialem Aufbau in Räte-Ungarn geschaffen wurde, bewirkten. Freilich vermochten sie die Kriegsmüdigkeit, den Hunger in den Städten, den gegenrevolutionären Geist der Agrarbevölkerung nicht zu bannen, die durch die kommunistische Taktik der Revolution entfremdeten geistigen Arbeiter nicht wieder zu gewinnen. Die nationalbolschewistische Stimmung, die Offiziere und Intellektuelle der Rätediktatur zugeführt hatten, schlug naturgemäß in eine konterrevolutionäre um, als die versprochene russische Hilfe ausblieb und die feindlichen Heere siegreich wurden.

So kam der Zusammenbruch und mit ihm der Beginn einer Schreckensherrschaft, deren Grauen noch immer über diesem unglücklichen Lande walten. Dem Thiers Ungarns, dem Admiral Hortin, wird noch die Totenglocke läuten; das lebende ungarische Proletariat, das sein Blut dem Befreiungskampfe der Menschheit hingab, wird, wie die Kommunelämpfer der französischen Revolution, „eingeschreimt in dem großen Herzen der Arbeiterklasse“ sein.

Die abgelehnte Entmündigung

III. Berlin, 19. März.

In dem Entmündigungsverfahren, das der preussische Finanzminister gegen den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, wegen behaupteter Geisteschwäche angestrengt hatte, liegt jetzt die Begründung für die am 3. März ergangene ablehnende Entscheidung des Landgerichts Potsdam vor. Die förmlichen Gutachten der Sachverständigen, darunter Geh. Medizinalrat Leppmann und Prof. Bonhöfer, sowie ein Arzt in Lugano, haben danach eine Geisteschwäche des Prinzen nicht feststellen können. Der Antrag des Oberstaatsanwalts auf Entmündigung des Prinzen mußte hiernach abgelehnt werden.

Mit einem Gefühl der Enttäuschung wird die deutschnationale Presse diese gerichtliche Entscheidung verzeichnen. Wo käme sie sonst mit ihrem Hohenzollernaltus hin, wenn ein leibhaftiger Prinz als „geisteschwach“ erklärt worden wäre? Inzwischen bemüht sich die gesamte reaktionäre Presse, im trauten Verein mit dem „Berliner Tageblatt“ krampfhaft, den Prinzen Friedrich Leopold reinzuwaschen. Sie greift das Preussische Finanzministerium an das heftigste an und beschuldigt es der Irreführung der öffentlichen Meinung. Aber das Ministerium ist in der Lage, dokumentarisch nachzuweisen, daß die Beauftragten des Prinzen Leopold es gewesen sind und noch sind, die versuchen, die öffentliche Meinung irreführen. So hat der Generalbevollmächtigte des Prinzen, der Sekretärin, die eine der sehr ungünstigen Aussagen über den Prinzen und seine Schieberversuche gemacht hat, eine eidesstattliche Versicherung und einen Brief an das Finanzministerium ins Stenogramm diktiert, in dem er seine Ansichten ihr zu unterstellen versuchte.

Die Vertreter des Reichsfinanzministeriums weisen darauf hin, daß die Zeugenaussagen nicht, wie die deutschnationale Presse behauptet, von einem sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär, sondern von dem christlichen Gewerkschaftssekretär Beder, einem Landtagskandidaten der Deutschen Volkspartei aufgenommen worden sind. Gegenüber der Behauptung, daß der Prinz in Lugano einfach und beschelden lebe, stellt das Preussische Finanzministerium fest, daß er allein in der Zeit vom 17. Januar bis zum 26. Februar d. J. 1 680 000 Mark aus den Einkünften des Gutes Platon-Krojanke erhalten hat. Schon am 15. März hat der Prinz weitere 1 000 000 Mark telegraphisch angefordert, die ihm aber, da inzwischen die Beschlagnahme des Gutes erfolgt war, nicht ausbezahlt worden sind. Da die Angehörigen des Prinzen, während er in Saus und Braus lebte, ihre Löhne und Gehälter nicht erhielten und die Gehaltsanweisungen seitens der prinzipaligen Verwaltung ausblieben, sah das Finanzministerium sich genötigt, auch zu diesem Zwecke Gelder des Prinzen zu beschlagnahmen.

Sollte die deutschnationale Presse noch weiterhin Luft verschlucken, sich über den Fall zu unterhalten, so wird ihr mit weilerem Material über die Postwirtschaft der Hohenzollern genügt werden können.

302 Milliarden französische Staatschuld

Deutschland muß zahlen

EE. Paris, 19. März.

Im Senat wurde gestern der Bericht der Finanzkommission durch den Berichterstatter Cheron vorgelegt. Er führte aus, daß die französische Staatschuld am 1. August 1914 25 Milliarden betragen habe. Sie habe sich heute auf 302 Milliarden erhöht. Hierzu kommen aber künftig noch die Pensionen und die Vergütung der angerichteten Schäden. Daraus seien bis jetzt an Deutschland 38 Milliarden vorgezahlt worden. Immerhin müßten der französischen Staatschuld noch 160 Milliarden hinzugefügt werden, im Falle Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Der Berichterstatter legte dar, daß im Jahre 1921 der französische Staatsschatz über 58 Milliarden verfügen müßte, während er weniger als 22 Milliarden eingenommen habe. Das Budget sei allerdings durch Erbschaftsteuern, welche der Finanzschatz des Senates vorgenommen habe, etwas verringert worden. Andererseits müßten aber auch Steuererlässe niedriger eingeleitet werden, so sei die Gewerbesteuer mit 4938 Millionen veranschlagt worden, der Senat habe sie aber nur mit 2700 Millionen ansetzen können.

Das ordentliche Budget sei aktiv, es wisse einen Ueberschuß von 63½ Millionen Francs auf. Auch das außerordentliche Budget könne, da es auf 2837 Millionen herabgesetzt sei, durch Anleihen gedeckt werden. Dagegen sei für das ordentliche Budget von 1922 ein Defizit von 6 bis 9 Milliarden vorzulegen. Wenn man dieses ausgleichen wolle, so müsse man Anleihen in der Höhe von 1920 aufnehmen. Falls Deutschland zahle, so werde Frankreich über keine finanziellen Schwierigkeiten hinwegkommen. Zahl Deutschland nicht, so ist das Problem unlösbar. Man wird auf das Guthaben gegenüber Deutschland keinerlei Anleihen aufnehmen können, deshalb muß mit allen notwendigen Zwangsmahnahmen darauf gedrungen werden, daß Deutschland zahlt. Wenn Frankreich sich der Reichtümer Deutschlands unmittelbar bedienen würde, so würde es nur das tun, wozu es berechtigt ist. Cheron setzt sich dann sehr energisch für eine Sparpolitik ein. Alle überflüssigen Ausgaben müßten verboten werden und die Kontrolle über die Finanzgebarung verstärkt werden.

Wie die Entente Oesterreich hilft

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Wien meldet, sind dort am Freitag mittig die Beschlüsse des Oberen Rates bekannt geworden. Den Wünschen Oesterreichs wird nur in einer sehr bedingten Weise Rechnung getragen. Die geforderte Aufhebung des Generalankarthes wurde nicht bewilligt. England, Frankreich, Italien und Japan stellen ihre Pfandrechte aus dem Friedensvertrage auf eine später zu bestimmende Reihe von Jahren zurück und wollen die notwendigen Schritte unternehmen, um hierzu auch die anderen beteiligten Regierungen zu veranlassen. Die gewünschten Staatskredite werden nicht bewilligt, dagegen wird das Finanzkomitee des Völkerbundes innerhalb 14 Tagen eine Konferenz abhalten, um die Höhe der Kredite und der Sicherheiten mit den Bankeuren zu besprechen. Oesterreich kommt unter die Kontrolle einer vom Völkerbund zu bestimmenden Kommission, die über die für die Kredite einzuräumenden Sicherheiten wachen wird. Der Völkerbund und die alliierten Hauptmächte werden die Durchführung der Kreditaktion unterstützen und sich auf der Konferenz von Porto Rika bemühen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten von Zentralamerika und denen von Ozeanien zu verbessern. Schließlich sagen die Alliierten zu, Schritte zu unternehmen, um Oesterreich erhöhte Kohlenzufuhr zu sichern.

Ein Staatssekretär für die rheinischen Angelegenheiten. Das Kabinett hat beschlossen, die Stelle eines Staatssekretärs für die rheinischen Angelegenheiten beim Reichsministerium des Innern einzurichten, dem die Vertretung der rheinischen Interessen in allen Fragen, die in der Reichsverwaltung bearbeitet werden, übertragen werden wird.

Die Auflösung der Städte

Von Adolf Hildebrand

Eine gewisse Stadtselbstschuld wächst in der Stimmung unserer Zeit immer mehr an. Eine zufällige Ursache dieser Sehnsucht nach einer dauernden Flucht aufs Land war die Lebensmittelpreise der Städte, die jetzt mehr und mehr besessen wird. Trugdem wird die Stadtselbstschuld andauern, so zunehmend, denn sie hat tiefere Ursachen. Sie ist eine Begleitererscheinung des Willens zum Sozialismus. Und zwar in zweierlei Weise. Einmal bedeutet Sozialismus doch auch das Streben zu größerer Arbeitsfreude, denn das Aufwachen der Massen ist zum Teil auch durch die Anlust an der unaufrührlichen, mechanischen und geistlichen Maschinenarbeit hervorgerufen worden. Die Knochung unter die entsetzte Handhabung der Materie ließ allmählich die unterdrückten Bedürfnisse des Gemüts und des Geistes mit doppelter Sehnsucht nach Betätigung sich erheben. Wenn die Fabrikarbeit auch nicht völlig abzuschaffen ist, so bedeutet Sozialismus doch auch Befreiung rein mechanischer Tätigkeiten oder doch wenigstens Reduzierung der Arbeitszeiten zur Ermöglichung weitgehender Erholung, d. h. Pflege von Gemüt, Seele und Geist. Das ist aber nur auf dem Lande wirklich möglich, denn in der Stadt werden die Götterkranke immer eng, dumpf und verhältnismäßig lichtlos sein und Mietkasernen, Aphyllstragen und dunstgefüllte Versammlungsräume sind keine eigentlichen Erholungsstätten oder Pflegestätten des Gemüts. Der Mensch braucht genügenden Raum für Arbeit und Wohnung. Er braucht Luft und Sonne und innige Verbindung mit allem Wachsen der Mutter Erde. Sieben nicht schon in unserer Zeit die Arbeiter, die „draußen“ ein Häuschen mit Garten haben, dem Menschen des Zukunftsstaates, trotz allem, was noch fehlt, viel näher als die Mietkasernenarbeiter? — Und zweitens bedeutet Sozialismus doch auch der Wille zu einer organischen Menschengemeinschaft und damit Umschneidung der Struktur der Stadt, denn hier sind auf engem Raum Menschen angehäuft, die nichts miteinander zu tun haben, sondern kalt und herzlos einander gegenüberstehen wie die Wände ihrer Steinhäuser. Aus der ganz zufällig entstandenen und angewachsenen Einwohnerschaft einer Stadt eine organische Gemeinschaft machen zu wollen, ist eine Unmöglichkeit. Da kann nur eine Keuschung helfen, eine landwirtschaftliche oder handwerkliche Siedlung, die von vornherein nur Menschen gleicher oder ähnlicher Einstellung in sich aufnimmt.

Zu diesen aus der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft aufsteigenden Ursachen der Stadtselbstschuld kommt dann noch eine allgemeine kulturkritische Stimmung oder, besser gesagt, ein Zivilisationsüberdruß. Man hat allmählich herausgefunden, daß das, was die Stadt der großen Mehrzahl an „Kultur“ bietet,

etwas Leeres, Schales, Vieles und Gefünsteltes ist. Und so sehnt man sich aus der Ueberfütterung der Stadtskultur zurück oder vielmehr empor zu einem Neuanfang aus ursprünglichem Fühlen heraus. So vermischt man eine Kultur, die es zwar fertig bringt, die letzten Seelenenden zu seihen, der es aber an jeder einfachen Wucht natürlichen Empfindens fehlt. So will man über die gedankliche Blässe künstlicher Konstruktionen hinaus zur Naturnähe und zur Wärme irdischen Wachstums. Der Ruf: „Zurück zur Natur“, d. h. zurück zu den Quellen, zu den Mittern, ertönt eigentlich an allen größeren Wendepunkten der Kulturentwicklung, wenn es sich eben darum handelt, von Grund aus neuzubauen.

Diese Aufgabe des Neubaus hat den Architekten Bruno Taut angelockt und ihn veranlaßt zu seinem Buche „Die Auflösung der Städte“ (Holtzweg Verlag, Jagen), das aus 30 Entwürfen und Skizzen und einem ausgebreiteten Literaturanhang mit Auszügen aus den Werken Rousseaus, Tolstois, Nietzsche, Kropotkins, Landauers, Engels, Oppenheims und vieler anderer besteht. — Bei Taut ist die Architektur zur umfassenden Erdgestaltung geworden. Bauen ist für ihn Zusammenschaltung und Krönung aller Kulturaktivitäten des Menschen. Die Vorbedingungen eines neuen Bauens („Bauen“ hier noch einmal in engerer Sinne) werden in diesem Buche vom Architekten gleich miterörtert und gefordert. Diese Erweiterung des Gebietes der Architektur ist keine willkürliche Maßnahme, sondern sie folgt aus folgenden Erwägungen: Der Bau umschließt alle Künste. Die Kunst ist aber keine Sache für sich, sondern das ganze Leben selbst; das heißt also, alle menschliche Gestaltung — und wir gestalten fortwährend aus tiefstem, zum größten Teil unbewußten Seelengründen heraus — ist Kunst im weiteren, größeren Sinne. So wird der Architekt für die ihm vorstehende Aufgabe der baulichen Gestaltung die erforderliche Art der Lebensrichtung beachten und erläutern müssen. Es ist weiter die bauliche Gestaltung der Erdoberfläche nicht abhängig vom Willen des Architekten, sondern vom Willen der Menschen, unter denen der Baumeister vielleicht derjenige ist, der der allgemeinen Sehnsucht nach Erbauung ihres Zieles verhilft, der das ausspricht, was alle bewegt. Und der Wille der Menschen sieht wieder unter dem Einfluß der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Zustände. Bruno Taut muß also für die von ihm gezeichnete zukünftige Erdgestaltung die zukünftigen Lebensverhältnisse erläutern. Sie werden charakterisiert durch folgende Worte: „Der Staat ist tot“. „Keine Grenzen“. „Es gibt nicht mehr. . . Krieg und Frieden“. „In Hilfe und Austausch lebt jeder von dem, was die Gesamtheit hervorbringt“. Beim Plan einer Landarbeiters-Gemeinschaft heißt es: „50 Familien an Stelle des Herrschaftshauses“. „Arbeit ist hier Freude“. „Aus der natürlichen Zusammengehörigkeit im Tun und Leben ergeben sich die gemeinsamen Interessen“. „Rechtspruch innerhalb jeder Gemeinschaft“ usw. — Es sind, wenn nicht die furchtbaren, wirtschaftlichen Verhältnisse einen hohen Buchpreis verschulden würden, die Ziele des wertz-

tätigen Volkes, und so müßte das Buch Bruno Tauts zu einem Volksbuch werden. Man kann sich wohl vorstellen, daß auf dem Grund dieser freien und klaren Verhältnisse und von der neu gewonnenen Erdnähe aus wunderbare heitere und leuchtende, architektonische Gebilde entstehen müssen: Wohnstätten, Wohnhäuser, Heiligtümer u. m. Wir müssen sie lieben, denn es sind die Bilder unserer eigenen Sehnsucht und die Ziele der Entfaltung, in der wir stehen. — Das Buch ist trefflich ausgestattet: farbig und heiter.

Bruno Taut, dessen Bedeutung der vorstehende Artikel behauptet, hat eine Berufung als Stadtdirektor nach Magdeburg erhalten. Wie wir hören, wird Taut, wenn bestimmte Wünsche von ihm erfüllt werden, die Berufung annehmen, die ihm manche bedeutende Aufgaben bringt. Trotzdem ist es sehr zu bedauern, daß eine Gemeinde mit dem Aufgabenteil Berlin für Taut keine Arbeitsmöglichkeiten schaffen kann.

Erich Mühsam: Judas

Aufführung in Mannheim

Gewaltige Schwierigkeiten hatten Betanholter und Regie zu überwinden. Keinerlei Organisation gab die Grundlage. Ein kleiner Kreis aus Männern der Linksparteien teilte sich in die vorbereitende Arbeit. Für die Aufführung war einzig der riesige Aldungensaal mit dem gigantischen Podium geeignet. Mühsam erst, dann mit heller Freude an der Sache, kamen die Arbeiter, die, in den Massenbewegungen — sich selbst — hielten sollten. Die Regie (G. L. Kupfer, Darmstadt) sollte das Werk als Manifest herausbringen. Ueber manche Klippe hinweg wurde die Aufgabe gelöst.

Mühsam, der sein fünftägiges Arbeiterdrama im Festungsgefängnis in Ansbach geschrieben hat, zeichnet das Judasproblem, das bisshin Ueberlieferung und einprächtig, völlig um. Judas ist nicht immer Verräter um des Verrats willen. Judas kann sein; Verräter zu höchstem sittlichen Zweck. — Hier in seinem Werk zeigt Mühsam: Der Krieg (es ist Januar 1918) lähmt die schlummernde Energie der Masse, lähmt ihren, in verbissenen Grollen gebannten Willen zur Empörung wider Krieg und Unterdrückung. Judas erhebt, verabredet mit der Polizei einen Zusammenstoß von Masse und Militär. Das Militär liegt. Also gemeinsamer Verrat? — Nein! — Judas ist überaus: Die Dumpfheit kann nur gebrochen werden durch das Blutbad. Aus der Niederlage der Masse wird der Wille zum Sieg, zur Revolution erwacht. — Verrat an der Masse um der Masse willen! Judas opfert, um der Masse einen Weg zu bahnen, einen Teil der Masse, seinen besten Freund, seine Liebe. Wie schließt er — durch Verrat — in die Arme des Todes, um der Masse zu helfen,

Mörderjustiz

Aus Prag wird uns geschrieben:

Seit dem Generalstreik wütet die Bourgeoisie der sogenannten demokratischen tschechoslowakischen Republik und bemüht all ihren Einfluss, um buchstäblich ein Regime des weißen Schreckens zu etablieren. Tagtäglich fallen die Ausnahmefälle, die nach der Einstellung der Geschworenengerichte eingeführt wurden, Urteile, gegen die selbst die berechtigten tschechoslowakischen Entschlüsse der alten österreichischen Kriegsgerichte milde anzupreisen sind. Schon die Voruntersuchung brachte für die paar tausend Eingekerkerten einen Freiheitsverlust von mindestens zwei Jahrhunderten mit sich. Nun hat der Ausnahmezustand in Brünn in drei großen „Hochverratsprozessen“ Urteile gefällt, die geradezu bestäubend wirken. In einem Prozess hatte das Gericht über 31 Genossen wegen „Hochverrats“ zu urteilen. Ein Arbeiter wurde zu 6 Jahren, zwei zu 4, zwei zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt, die meisten anderen Mitangeklagten zu 7 bis 15 Monaten. Einige Tage später wogte es das gleiche Gericht, in einem Prozess mit 17 anderen Genossen einen auf 9 Jahre, zwei auf 8 Jahre, einen auf 7 Jahre, drei auf zwei Jahre, die anderen auf drei bis 18 Monate in den Kerker zu schicken. Und noch war dieser Prozess kaum beendet, als der dritte einsetzte, während dessen die beiden Redakteure der Brünnener linkssozialistischen „Roznos“ Kotava und Surian zu je zehn Jahren schweren Kerkers, die Genossen Sobota, Morol und Stoba zu je acht Jahren, die Genossen Komunda und Krassny zu je sechs Jahren schweren Kerkers verurteilt wurden, weil sie während des Generalstreiks das Elektrizitätswerk in Oslavan bei Brünn zum Stillstand gebracht hatten. Anlässlich der Oslavaner Vorfälle kam es auch dazu, daß Soldaten entwaffnet wurden, doch wurden absolut keine Gewalttätigkeiten begangen, sondern die Waffen von den Arbeitern nach Hause getragen, um ein Blutvergießen zu verhindern. Auch hatten sich die Soldaten durchaus nicht gegen die Entwaffnung gewehrt, so daß man annehmen darf, daß ihnen die Aktion nicht allzu unangenehm war. Dem Genossen Kotava wird die Anklageschrift vor, er sei der eigentliche Organisator der kommunistischen Bewegung in Brünn gewesen, während des Generalstreiks habe er erklärt, jetzt sei der Kampf gegen die bürgerliche tschechoslowakische Republik im Gange, und sein Ziel könne nur die Errichtung eines sozialistischen Staatwesens sein. Dies genügt nun der blindwütigen Bourgeoisie — obzwar sie selbst zugestehen muß, daß keinerlei Gewalttätigkeiten vorkamen, um ehrliche Klassenkämpfer auf Jahrzehnte in den Kerker zu werfen.

Was aber das traurigste an diesen Urteilen ist, ist der Umstand, daß die reaktionäre Regierung und ihre Handlanger sich ihre Frechheiten nur unter freudigster Assisenz der Rechtssozialisten erlauben können. Erst die letzten Tage haben dies wieder gezeigt. In Krumpach, in der Slowakei, in es zu Krakowen gekommen, in deren Verlauf der Fabrikdirektor und der Gespan sowie drei Arbeiter erschlagen, eine Reihe weiterer Personen schwer verletzt wurden. Es ist festgestellt, daß die Unruhen einzig und allein wegen des Hungers der Bevölkerung entstanden sind. Die Gendarmerie, die im Betrieb wohnt, dort verstopft und verjagt wird, greift auf Verlangen der Betriebsverwaltung mit Waffengewalt ein, es wird festgesetzt, daß durch einen Gendarmen zuerst zwei Arbeiter erschossen werden, bevor es zu weiteren Tötlichkeiten kommt — die tschechischen Reden sprechen aber gleichwohl der Regierung, die durch ihren Präbenten eine verlogene und entstellte Erklärung dem Parlament vorlegt, ihr Vertrauen aus. Die Unruhen werden auf das politische Gebiet hinübergeschoben, die Bewegung als eine kommunistische erklärt und die Reputation des Staates sowie der sozialdemokratischen Rechte ist wieder einmal gerettet.

Die Notlage der Lehrerschaft

Uns wird geschrieben: Obgleich die wirtschaftliche Not aller Beamten und insbesondere der Lehrer von Tag zu Tag steigt, bringt der Gedanke, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem die Quelle alles Übels ist, nur langsam in die unpolitischen oder bürgerlichen Kreise der Lehrer. Wie sehr die Not selbst unter den Oberlehrern — faenisch nennt sie Studienräte — um sich gegriffen hat, zeigen die Antworten auf eine Umfrage, die der Berliner Philologenverein veranstaltet hat. Aus keinem Mittelungsblatt entnehmen wir einige Proben: Einschränkung der Lebenshaltung. 1. Als Einschränkung muß ich mir vor allem dauernde Gehaltskürzungen ansehen. 2. Auf Kinder haben wir längst

verzichtet. 3. Ich bewohne eine geradezu unwürdige Wohnung auf dem 2. Hofe eines schmählichen Hauses. 4. Jetzt leben manche von uns, die keine Schulden machen, schlechter als ein Hund. Ein großer Teil hat sich das Frühlücken abgewöhnt. 5. Ich darbe und verhungere langsam (aber wöhle denksnational!). 6. Nächstens werde ich ohne Unterwäsche dastehen.

Versuche durch Nebenbeschäftigung die Einkünfte zu erhöhen. 1. Da Nebenverdienst nicht gefunden, spiele ich Klavier im Kino. 2. Durch Botengänge verleihe ich mir einen Nebenverdienst in bescheidenem Maße. 3. Ich bin im Nebenverdienst als Buchbinder tätig. 4. Ich habe Nebenverdienst durch zeitweiligen Nachdienst im Telefon- und Telegraphenbureau.

Folgen der Unterernährung und Ackeranforderung. 1. Wenn diese Fronarbeit weiter geht, bin ich in 5 Jahren verdrückt. 2. Wenn diese Einschränkungen andauern, muß ich mich vor der Zeit pensionieren lassen. (Siehe den Protest gegen die Pensionierung der 65jährigen Lehrkräfte.)

Wirkung der schlechten Lebenshaltung auf Frau und Kinder. 1. Meine 4 Kinder sind so schwächlich geworden, daß sie alle zur Teilnahme an der Quakerpeilung ungenügend wurden. Meine Frau muß für alle 4 Kinder trotz der vielen Hausarbeit in nachlässigen Stunden aus allen Sachen die Kleidung zusammensuchen. 2. Meine Frau, einst frisch, blühend und lebensfroh, ist unter der Last und Qual der Tage ein blutarmes, kränkliches, nervöses, trübliches Wesen geworden.

Die Gefahr des geistigen Verfalls. 1. Wo soll die Oberlehrerschaft die sittliche Kraft zu ihrer vornehmsten Aufgabe hernehmen, wenn dieser Staat ihrem körperlichen und geistigen Verfall nicht entgegentritt. Ich verstehe es rund heraus, daß ich auf einem hiesigen Lehramte sehr gut bekannt bin. 2. So verflümmert man körperlich, geistlich und geistig.

Resignation und Verzweiflung. 1. Kein Hund möchte ich weiter leben. 2. Mir ist eben nicht mehr zu helfen. Ich gehe unter.

Diese Zustände von Briefstellen aus Oberlehrerkreisen mag genügen. Wir enthalten uns einer Kritik ihrer Wahrheitsliebe. Ebenso wollen wir jetzt keinen Vergleich mit Arbeiterverhältnissen anstellen, sondern wollen nur dem letzten Briefschreiber zurufen: Jawohl, dir ist zu helfen. Du brauchst nicht unterzugehen.

Leg deinen Stehragen ab und schau um dich, damit du deine Zugehörigkeit zur Proletariatsklasse erkennst. Stell dich ein in die Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter zur Bekämpfung deines Existenzminimums. Dein Elend hängt nach den Brosamen auf der Herren Tische ist vergeblich. Jeder ehrlichen Arbeit gebührt ehrlicher Lohn. Da er dir nicht zufließt, trete ein in den Klassenkampf. Die Lehrer und Lehrerinnen aller Schulstufen, die sich diesen Klassenkampfgedanken zu eigen gemacht haben, vereinigen sich in immer wachsender Zahl in der „Freien Lehrgewerkschaft Deutschlands“ (Mittelsession).

Verrückt

In der „Roten Fahne“ ist man nun völlig verrückt geworden. Neben sinnlosen provokatorischen Redensarten nach Postspielart werden jetzt tagtäglich in immer abstoßenderem Kopfschütteln die sozialistischen Wortführer von anonymen Lausbuben beschimpft. So wird heute zur Abwechslung Genosse Breitscheid „bellender Hund der Bourgeoisie“ genannt, ohne jede Veranlassung, ohne Zusammenhang, nur des Schimpfens an sich halber.

Es ist eine Schande für die kommunistischen Arbeiter, daß sie diese völlig Verleumdung ihrer Bewegung dulden. Unter Urteil über den verächtlichen Streik Süder und seine Kampagne, namentlich des famosen Herrn Chefredakteur Thälhelmer, die durch diese Provokationspolitik und Brannungsvergiftung bei Sinowjew und den Moskauer Goldgebern sich beliebt machen wollen, wird dadurch allerdings bestätigt. Negelehnend für die Feigheit der Lepp und Däumig ist es aber, daß sie gegen diese lumpige Kampfmethode nicht aufzutreten wagen.

Ausperrung in Kopenhagen. Heute trat die von den Arbeitgebern angekündigte Ausperrung in Kraft. Die Ausperrung betrifft 50000 Arbeiter, vornehmlich der Textil- und Eisenindustrie. Alle Vergleichsverhandlungen sind abgebrochen.

Flüchtlingskommissionen. Die kommunistischen Flüchtlingskommissionen in der Tschechoslowakei werden, da sie den Schmutz auf die Verfassung nicht achten, aus der Kammer der Rechtsanwältinnen ausgeschlossen werden.

Die Forderungen der Schauspielerei. Die Berliner Schauspielervereinigung hat der Berliner Theaterdirektorenvertretung Forderungen zur Sicherung der wirtschaftlichen und künstlerischen Existenz unterbreitet, von denen die wichtigsten lauten: An allen Berliner Theatern müssen vom 1. September 1921 ab bis zu einem Monatslohn, welches das Doppelte des Mindestlohnens beträgt — jedoch mindestens bis zur Höhe von 3000 M. einsehl. — Jahresverträge geführt werden. — Das Theaterjahr beginnt am 1. September und endet am 31. August. Jedes Mitglied, dessen Vertrag auf mindestens 3 Monate lautet, hat Anspruch auf einen ununterbrochenen Urlaub von 4 Wochen mit vollen Bezügen in der Zeit vom 1. Mai bis 1. September. Der Urlaub muß mindestens einen Monat vorher festgesetzt werden. Das Mitglied kann in der Urlaubszeit an der freien Verwendung seiner Arbeitskraft nicht verhindert werden. Jedes Mitglied hat innerhalb dreier Monate Anspruch auf 6 freie Abende. Am Ende der Spielzeit dürfen nicht mehr als 20 Prozent der künstlerischen Mitglieder des festen Ensembles entlassen werden. Die Bühnenleitung ist verpflichtet, den Mitgliedern, welche sie in der nächsten Spielzeit nicht zu behalten gedenkt, bis zum 1. Januar davon Mitteilung zu machen. Viele Forderungen enthalten wahrhaftig nichts, was nicht eigentlich ganz selbstverständlich wäre. Trotzdem wird es wohl noch manchen Drucks bedürftig, bevor die Direktoren so natürlich und menschliche Forderungen angenommen haben werden.

Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften begibt gestern die Feiler ihres jahrhundertigen Bestandes. Wir hoffen, daß die zum Teil mit hervorragenden Ergebnissen arbeitenden Forscher mit der Zeit auch auf ihren patriotischen Titel verzichten werden, der nichts mit ihren Leistungen zu tun hat, umso mehr aber mit einer byzantinischen Gesinnung, die keinen Gelehrten ehrt.

Tages-Notizen

- Hygiene-Gesellschaft. Sonntag, dem. 10. Uhr, im Stadthaus, Köpenicker Str. 20. Jugendmusik. Festkonzert von Dr. H. Klenberg. Märsche. Gassenmusik und Melodien. Gölle willkommen.
- „Stimmen der Völker“. Die nächste Mitteilungsversammlung Sonntag, 11. Uhr, im Stadtischen Schauspielhaus bringt Vokal- und Kammermusik der Serben, Montenegriner, Bosnier, Bulgaren, Kroaten und Rumänen u. a. Bruchstücke aus dem Drama des berühmten Königs Kallias des Vellanos. Bericht: Hermann Klenk. Mitwirkende: Margarete Hoff, Malibelle Sulka, Frau Vogel, Georg Kallias (Vellanos) und Heinz Göttsche. Karten 2 und 3 M.
- Stadtkörper. Heute soll „Kellern kullern“ werden. Wohnung 1/2 Uhr.
- Erntedankfest. Schiller-Theater. 20. Jettchen Gebert. — Schiller-Theater. II. Der Neumann. — Stadtisches Schauspielhaus. II. Die alten Schenkens. — Neues Volk-Theater. II. Woberberung. — Theater in der Königlicher Straße. 20. August. — Metropol-Theater. II. Die neue Natur. — Romische Oper. II. Der Herr. — Puffen-Theater. II. Achern großen Zeit.
- Musikveranstaltungen. Sonntag, 10. Uhr, finden durch Musikvereinskommissionen im Rahmen der Volkshilfe (in marxistische Kunst) im Kaiserhof-Theater-Museum (Tizian und Bonaventura) statt. Eintrittspreise je 1 M. am Eingang der Kasse.

Kronstadt

Einer „Kronstadt“-Meldung zufolge berichtet die bolschewistische Zeitung „Nowy Putj“:

In einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der „Pravda“ sagte Kalinin, daß der Kronstädter Aufstand, insoweit er von den Matrosen ausgeht, nicht gegenrevolutionär ist. Die Matrosen wollen nicht gegen die Sowjetmacht kämpfen und das ist die Erklärung dafür, warum wir mit ihnen so viel Geduld haben.

Man vergleiche mit dieser Äußerung des Vorsitzenden des Zentralkomitees des bolschewistischen Zentralkomitees die kommunistische Presse, die die Kronstädter Matrosen als „Gegenrevolutionäre“ und „Weißgardisten“ beschimpft.

Gleitende Lohnskala in England

Keuter meldet: Der Vertrag zwischen der Regierung und den Eisenbahnerverbänden sieht vor, daß die Löhne der Eisenbahner entsprechend dem Stande der Kosten für die Lebenshaltung steigen oder fallen sollen. Da diese Kosten in der letzten Zeit um 28 Punkte gefallen sind, werden die Löhne der Eisenbahner am 1. April automatisch um fünf Schilling pro Woche herabgesetzt werden.

England geht es gut. Keuter meldet: Laut den englischen Vierteljahrsstatistiken sind im ersten Vierteljahr 1921 740318 Menschen getraut worden. Diese Zahl ist bisher noch nie erreicht worden. Die Zahl der Sterbefälle ist die niedrigste seit 1882.

Aufstandsbewegung in Marokko. Nach einer Havasmeldung aus Rabat ist eine Erkundungsalonne in der Gegend von Tazan von 200 Angehörigen des nicht unterworfenen Stammes der Beni Restara angegriffen worden. Sie seien nach heftigen Kämpfen zurückgeworfen worden. Der Feind habe große Verluste erlitten, darunter mehr als 100 Tote. Die Verluste der Franzosen betragen 84 Tote, darunter 3 französische Offiziere. Die Verwundeten der Franzosen betragen 74, darunter 3 französische Offiziere und 15 französische Soldaten.

Konferenz der österreichischen Nachfolgestaaten. Nach einer Stefanmeldung aus Rom, wird Ende März wahrscheinlich in Rom eine Konferenz der Nachfolgestaaten der alten österreichischen Monarchie stattfinden. Unter einem Vertreter Italiens als Vorsitzenden werden Vertreter Österreichs, der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns und Rumaniens daran teilnehmen. Die Konferenz in Porto Rosa wird ungefähr am 15. April zusammenkommen, um Mittel und Wege zu einer praktischen Unterstützung Österreichs zu prüfen. Auch Vertreter des Entente werden daran teilnehmen.

Die Notenflut in Polen. Das polnische Finanzministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die polnischen Landesbanknoten durch Herausgabe einer neuen Banknotenlinie im Betrage von 20 Milliarden polnische Mark ermächtigt. Die Gesamtsumme der polnischen Noten wird dadurch auf 70 Milliarden erhöht.

Groß-Berlin

Ein neuer Verkehrsplan der Berliner Straßenbahnen

Die Verwaltung der Berliner Straßenbahnen ist augenblicklich damit beschäftigt, einen großen Verkehrsplan auszuarbeiten, an einerseits unrentable Linien gänzlich auszuschalten, andererseits aber auch einen Teil der wichtigen Verkehrsstrahlen möglichst einbringend auszubauen. Bekanntlich ist in den letzten Beratungen über die Reformierung des genannten Betriebes und über die Tariffrage die Einführung eines Teilsystems fallen gelassen worden. Um nun aber bei dem jetzigen Einheitsstarif zu dringenden notwendigen Mehreinnahmen gelangen zu können, steht der Verkehrsplan eine Teilung der in Arbeit befindlichen besonders langen Fahrpläne vor. Während man jetzt noch z. B. von Wittenau bis Budow für 1 M. fahren kann, wird die Strecke so geteilt werden, daß eine Route von Wittenau bis etwa zum Moritzplatz geht und von hier aus eine neue Fahrmöglichkeit nach Budow einleitet. In ähnlicher Weise wird man die langen West-Ost-Strecken, zum Beispiel die letzte Linie 69, teilen. Ein Versuch für die Einführung dieses Teilsystems findet sich schon bei der Linie 31, die ehemals von Tegeler nach dem Schlesischen Bahnhof führte, jetzt aber bereits am Alexanderplatz ihren Endpunkt hat. Im engen Zusammenhang mit der Teilung dieser großen Fahrpläne steht auch der Ausbau der bisherigen Schienenführung. Die Endhaltestellen der großen und verkehrreichen Linien werden noch weiter aus dem Weichbild der Stadt herausgehoben werden, um noch einzelne größere Ortschaften vor den Türen in den Gesamtbereich einbeziehen zu können.

Was die neuartigen Haltestellen anbelangt, von denen bekanntlich verhältnismäßig einige aufgestellt sind, so ist jetzt beabsichtigt, auch am Alexanderplatz ein Modell aufzustellen, das infolgedessen sehr originell wirken wird, als es die Form eines ziemlich hohen Leuchtturms hat, der in einer Laterne mit Blinkfeuer ausläuft. Man hofft auf diese Weise das Auffinden der Haltestelle auf dem sehr unübersichtlichen Alexanderplatz sehr zu erleichtern. Technische Details stehen an anderen Stellen bevor.

Aufklärung eines Raubmordes

Es ist der Kriminalpolizei gelungen, eins der letzten Kapitalverbrechen aufzuklären. Am 18. v. M. wurde, wie wir damals ausführlich berichteten, die 28 Jahre alte Ehefrau Margarete des Kraftfahrzeugbesizers Weinhardt aus der Masplaquestr. 12 in ihrer Wohnung ermordet und beraubt. Das Verbrechen erregte um so größeres Aufsehen, als der Räuber die junge Ehefrau nieder machte, obwohl diese kurz vor ihrer Niederkunft stand. Der Köhling hatte seinem Opfer mehrere wichtige Hiebe über den Kopf versetzt und ihm dann einen Knobel so tief in den Mund gesteckt, daß es an Erstickung starb.

Den unausgesprochenen Nachforschungen des Kriminalkommissars Legtmeyer und seiner Beamten ist es gestern abend gelungen, den Mörder zu ermitteln und festzunehmen. Es ist ein erst 18 Jahre alter Arbeiter Max Kappe aus der Panfower Allee 67/69 zu Reinickendorf. Ein Fingerabdruck, der an einem von dem Täter angelegten Gegenstand in der Wohnung gefunden wurde, ist diesem zum Verhängnis geworden. Zur Aufklärung des Kapitalverbrechens forschte die Kriminalpolizei auch in dem Bekanntenkreis des Weinhardt nach dem Täter, und mehrere verdächtige Personen wurden vernommen und auch zur Verlesung mit dem am Tatort gefundenen Fingerabdruck konfrontiert. Dabei stellte sich jedoch jedesmal heraus, daß die Fingerabdrücke nicht übereinstimmen. Anders aber war es bei Kappe, der durch die Nachforschungen der Kriminalpolizei ebenfalls in schweren Verdacht geriet. Kappe hatte um die Weihnachtszeit in einem Lokal die Bekanntschaft Weinhardts gemacht und ihn dann später gebeten, ihm 500 Mark zu leihen, weil er Gelegenheitsarbeit, einen günstigen Möbelverkauf zu machen. Kappe, der Weinhardt in seiner Wohnung besuchte, sah, daß dieser das Geld aus dem Rucksack holte und sich in diesem noch ein größerer Betrag befand. Das geliehene Geld hat dann Kappe später auch wieder zurückgegeben. Wie ermittelt wurde, war Kappe früher bei der A. C. G. beschäftigt, am 3. Februar d. J. jedoch eines Diebstahls wegen entlassen worden. Seiner Eltern, sehreren Deuten, erzählte er jedoch nichts von seiner Entlassung und daß er in dem Glauben, daß er immer noch in der A. C. G. tätig sei. In Weichbild tritt er sich in der Gegend der Schönhauser Straße herum und machte dort ebenfalls Schlebergelächte. Da er aber trotz seiner Jugend ein Verhältnis mit einer jungen Frau aus der Weichbildstraße

Im verfolgt der Schrei der Masse: „Judas! Judas!“ Er nicht freiwillig. Ueber ihm überhaucht den Judasruf der Hoffnungslosigkeit des blindsuchenden Volkes auf die — trotz alledem herausragende Revolution.

Der 5000 Personen lassende Saal beläuft bis auf den letzten Platz gefüllt. Die ersten Szenen etwas dünn auf der Rückbühne; allmählich Kontakt mit der Zuschauermenge. Hinter den Einzelauftritten erhebt sich allmählich die große Masse und verjagt das Gefühl der Leere. Atemlose Spannung regiert sich so, daß die Dialoge mit spontanen Zwischenrufen erregt begleitet werden. Das Theater als politische Tribüne! Prädigend entwickeln sich im letzten Akt Massenmengen. Das sind keine bezahlten Statisten, das sind Proletarier, die mit jedem Nerv fühlen, was sie in diesem Spiel bedeuten. Als aus den Judasfächern die Marschmusik sich löst, stehen die Fünftausend auf und begeistertster Beifall mischt sich in den Massenchor.

Darstellerisch war neben dem Russen Lohasow von Robert Garzison, Frau Lahmann, die Helene Weigels spielte, die beste Leistung. Der Kriegsbildende Lohmann des Benzell Hoffmann wirkte erschütternd. Bezwingend eindringlich war die Studentin Rosa Severin von Erna Liebenhal. Der Judas von Alfred Weierle, litt etwas unter dem noch nicht ganz schlagfertigen Zusammenspiel von Künstlern verschiedenster Stilrichtungen. Weierle wollte den gänzlich unpolitischen Proletarier, der kein Theater macht, auf die Bühne stellen. Die Kürze der Proben mag zu Kompromissen gedrängt haben. Für Reich Kühnam dankte Alfred Weierle für den Beifall der Fünftausend. Karl Berg

Erzählungen von Zola in der „Freiheit“

Unsere Leser und Leserinnen werden gewiß mit Interesse hören, daß es uns gelungen ist, eine größere Anzahl meist heißerer Romane und Skizzen von Emile Zola für die „Freiheit“ zu erwerben. Emile Zola ist durch seine gewaltigen sozialen Romane einer der beliebtesten und angesehensten Dichter des Proletariats aller Länder. In seinen Erzählungen lernt man ihn von einer neuen Seite kennen. Feiler, humorvoll, bis ionig zeigt sich seine Kunst in fast allen Stücken und doch ist sie nicht oberflächlich oder nur rein äußerlich. Selbst in kleinen, nicht literarischen Stücken bricht plötzlich seine republikanische, sozialistische Gesinnung durch. Die Erzählungen sind für die deutschen Leser zum größten Teil neu. Manche sind zum erstenmal ins Deutsche überetzt worden, andere sind nur weniger literarischen Kennern bekannt. Wir werden die kleineren Erzählungen in der Sonntags erscheinenden Unterhaltungsbeilage, die wir nennen in der „Freien Welt“ veröffentlichen. Morgen beginnen wir in der Unterhaltungsbeilage mit der lustigen Geschichte eines Schulfreies: „Der große Witz“.

unterliegt, so langten sein Verdienst und seine Ersparnisse nicht aus, und er kam auf den Gedanken, sich gewaltig Geld zu verschaffen. Dies tat er dann, indem er Frau Reinhardt ermordete und das Geld des Krafidrohnenbesitzers aus dem Küchenspinde raubte. Mit dem Gelde führte er dann ein lockeres Leben. Seit der Ermordung der Frau hatte er eine Verletzung an der Hand, die, wie er behauptete, er sich auf der Arbeitsstelle bei der U. S. G. zugezogen hatte. In Wirklichkeit aber war er dort schon gänzlich mehr beschäftigt. Die Verletzung rührt zweifellos von dem Kampf mit seinem Opfer her. In der Wohnung seiner Eltern wurde auch noch ein Mantel gefunden, der, obwohl er gewaschen worden war, noch Blutspuren aufwies. Als nun die Kriminaloberwachmeister Welsgerber und Kanne, die seit gestern nachmittag auf der Suche nach dem Verdächtigen waren, diesen ermittelt und nach dem Postlepräsidium gebracht hatten, ergab auch eine Verlesung der Fingerabdrücke, daß diese mit dem am Tatort gefundenen genau übereinstimmen. Obwohl der Beschäftigte durch die Feststellungen des Kriminalkommissars Leytmeyer einwandfrei überführt worden ist, leugnete dieser bei seinem Verhör, das gestern abend noch mit ihm angestellt wurde, die Tat ausgeführt zu haben. Er will nicht am 18. Februar, an dem Tage des Verbrechen, sondern einige Tage vorher in dem Hause Malpauerstraße 12 gewesen sein, um sich bei Reinhardt seinen alten Schuldschein abzuholen. Wie er sagt, habe er aber niemand angetroffen und sich dann wieder entfernt. Das gegen ihn vorliegende Belastungsmaterial ist aber so schwer, daß Kappe sein Leugnen bald aufgeben und sich zu einem Geständnis bequemen dürfte.

Die Einführung der ersten Bezirksbürgermeister in ihr Amt, hat gestern in Tempelhof und in Pantow stattgefunden. Die Einführung wurde vollzogen von dem Oberbürgermeister Pöhl in Tempelhof und vom Bürgermeister Ritter in Pantow. Daraufhin führten die neuen Bürgermeister die Mitglieder der Bezirksämter in ihr Amt ein und verpflichteten sie auf die Verfassung. Noch heute steht die Bestätigung von zahlreichen Bezirksämtern aus. Wie lange sollen die Ermäßigungen noch dauern?

Der brandenburgische Provinziallandtag wählte durch Zettelwahl den Abg. Stadtrat Händchen-Guben (Soz.) zum Vorsitzenden mit 47 Stimmen. Oberbürgermeister Dreifert-Cottbus (D. Vp.) wurde durch Zuzug von stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. In Schriftführern wurden gewählt die Abg. Landrat Bischoff-Beestow und Mittelschulheiter Stellmacher-Füstenwalde (D. Vp.). Lehrer La Grange-Romawes (U. Soz.) und Landrat Willigmann-Verlberg (Dem.). Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Die U. S. P. D. im brandenburgischen Provinziallandtag setzt sich zusammen aus 8 Mitgliedern: Es sind die Genossen: Ernst Knöschke, Bernau i. d. M.; Adolf Buhl, Reusinkentzug, Drahler Weg; Wilhelm Walter, Potsdam, Mangerstr. 40; Wilhelm Lemke, Prenzlau, Schulgenstr. 506; Bruno La Grange, Romawes, Kleiststr. 11; Johannes Kerstan, Schönebeck a. Westhav.; Karl Rausch, Crossen a. O., Grabenstraße 33; Max Pehla, Sorau K.-L., Wilhelmstr. 4. 1 Fr. Die Fraktion wählte zu ihrem Vorsitzenden den Genossen Kerstan, zum Schriftführer La Grange.

Presse-Kommission. Nächste Sitzung am Mittwoch, 23. März, 6 1/2 Uhr, Breite Str. 8-9. Pünktliches und vollständiges Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Selbstmord im Walde. Bei Koblentzbrück im breiten Geleise am Tage 41, etwa 50 Meter vom Wege entfernt, wurde gestern die Leiche des Kaufmanns Albert Kieper aus Romawes gefunden. Er hatte sich mit einer Revolverkugel eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt. Nach vorgefundenen Aufzeichnungen ist Selbstmord unzweifelhaft, doch konnte das Motiv bisher nicht ermittelt werden.

Folgenschwere Maschinen-Explosion. In der Gemischen Fabrik von Adolf Grell in der Prinz-Friedrich-Str. 23 in Neukölln entstand gestern nachmittag eine Maschinen-Explosion, wobei die 15jährige Arbeiterin Käthe Raschuleit schwere Verletzungen erlitt. Sie fand im Städtischen Krankenhaus in Neukölln Aufnahme.

In der Badewanne ertrunken. Die an epileptischen Krämpfen leidende Wäbriane Bertha Sch. nahm gestern nachmittag in der elterlichen Wohnung in der Rheinbaben-Wiese in Dahlem ein Bad. Da die zu ihrer Pflege und Aufsicht bestellte Krankenschwester vergeblich auf ihre Rückkehr aus dem Badezimmer wartete, ließ sie die verlassene Tür öffnen und fand die Kranke tot in der Badewanne auf. Nach Auslage eines herbeigerufenen Arztes ist die Verunglückte im Bode von einem Anfall überfallen worden und in der Wanne ertrunken.

Jugendweiche Neukölln. Zu der morgen früh im großen Saale der „Neuen Welt“ stattfindenden Jugendweiche sind noch Gastkarten am Saaleingang zu haben.

Mitteilung. Alle Kollegen, welche durch den Brand der Berliner Metallindustrie, Spandau (Südhafen), entlassen worden sind, treffen sich am Montag, den 21. März, abends 6 1/2 Uhr, bei Tepper, Grunewaldstr., zwecks Bekanntgabe und Stellungnahme zu dem ergangenen Urteil, betreffend Weiterzahlung des Lohnes.

Voranschlägliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, bei mäßigen, südwestlichen bis westlichen Winden. Kühle Nacht und wenig wärmere Tagestemperatur. Etwas Regen.

Gewerkchaftliches

Generalversammlung der Buchbinder

Am Freitag fand im Gewerkschaftshaus die Jahres-Generalversammlung der Berliner Buchbinder statt, die teilweise einen recht stürmischen Verlauf nahm.

Den Jahresbericht gab der Ortsvorsitzende Kaspar. Die Verwaltung habe im Berichtsjahr verschiedene Tarifverhandlungen geführt mit dem Erfolg, daß 18 Haustarife und 18 drückliche Branchentarife abgeschlossen worden sind, die sich auf die einzelnen Branchen verteilen. Für die gleichen Branchen wurden auch Reichstarife abgeschlossen. Kaspar erwiderte dann den im August 1920 geführten Streik der Berliner Buchbinder-Arbeiterkassier, der jedoch nach 4 Tagen abgebrochen werden konnte, da die Angelegenheit auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden konnte. Der Betriebsrat habe die Verwaltung größte Aufmerksamkeit geschenkt. Sie trete entschieden für die einheitliche freigewerkschaftliche Zusammenfassung der Betriebsräte ein. Der Mitgliedsverband hat sich in dem abgelaufenen Geschäftsjahr um 602 Mitglieder vermehrt, so daß am Schluß des Jahres 15745 der Berliner Ortsverwaltung angeschlossen waren. Kaspar gab dann einige Erläuterungen zum Kassierbericht und ging dann noch auf einige interne Verbandsangelegenheiten ein. Zum Schluß gab er der Hoffnung Ausdruck, das der Organisation auch fernerhin eine erfruchtliche Arbeit ermöglicht wird. (Beifall.)

In der Diskussion begründete Steinhart eine von den Mitgliedern der U. S. P. angebotene, eingebrachte Resolution, die verlangt, daß von allen Instanzen des Verbandes eine Gewerkschaftspolitik zu führen ist, die sich auf dem Boden des entschiedenen proletarischen Klassenkampfes bewegt. Der Verbandsvorstand wird aufgefordert, den Beschluß des Verbandstages bezüglich des sofortigen Austrittes aus der Arbeitgemeinschaft umgehend durchzuführen. Die Resolution spricht sich dann für den Abschluß von Tarifen und Reichstarifen aus, legt jedoch Verwarnung dagegen ein, daß Tarife um jeden Preis abgeschlossen werden sollen. Weiter wird verlangt, daß innerhalb der Organisation jedem die Freiheit der politischen Anschauung und Betätigung bewahrt bleibt, soweit dies mit den Grundgesetzen und Statuten der Organisation im Einklang steht. Die Resolution verweist weiter gegen alle Tendenzen die geplant sind, die gewerkschaftliche Einheitsfront zu zerstören. Sie verurteilt entschieden, das Mitglieder wegen politischer Betätigung ausgeschlossen werden sollen und verlangt vom Verbandsvorstand, solchen Anträgen nicht stattzugeben.

Nachdem noch mehrere Diskussionsreden gesprochen hatten, ließ Kaspar ein kurzes Schlußwort. Hieraus wurde gemäß des Antrages der Neuwahl der Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Vor der Abstimmung der Resolution entspann sich eine recht stürmische Geschäftsordnungsdebatte, da einige Kommunisten verlangten, daß über die vorliegende Resolution getrennt abgestimmt werden sollte. Die Versammlung lehnte das jedoch ab. Hieraus wurde die Resolution gegen vereinzelte kommunistische Stimmen mit überreicher Mehrheit angenommen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung wurden die in den Branchen gewählten Branchenvorstände bestätigt. Die Wahlen der übrigen Teile der Ortsverwaltung mußte dann wegen der vorgekehrten Zeit vertagt werden.

Die Fortsetzung der Generalversammlung findet am Dienstag, den 22. März, abends 8 Uhr, im Deutschen Hof, Ludowikstraße 16, statt. Zu dieser Versammlung müssen alle Delegierten unbedingt erscheinen, da wichtige Wahlen vorgenommen werden sollen. Delegierten-Karte legitimiert.

Judasdienste?

Genosse Paul Pfaffenkläger ersucht uns, mit Stuwets auf die in der Freitag-Morgennummer erschienene Notiz in der „Roten Fahne“, um Aufnahme folgender Zeilen:

Wenn es in der Praxis des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes nicht schon passiert, daß er es bitter empfunden hat, diesem oder jenem gegenüber Gefühle der Dankbarkeit abzustreifen, weil ein früherer „Wohltäter“ sich als sein rücksichtsloser Gegner entpuppte. So ist es mir während des Krieges gegangen, als ein bekannter Rechtssozialist (den Müller genannt) meine Reklamation aus dem Felde veranlaßte. Das hinderte mich durchaus nicht, einen hartnäckigen Kampf gegen dessen politische Auffassung zu führen. Und damals hieß es Richard Müller nicht nur gut, sondern erklärte: Dankbarkeit in Ehren, aber soweit kann die Dankbarkeit nicht gehen, daß man überwegen seine Überzeugung opfert. Das war und ist auch meine Meinung. Und da ich nicht alle 5 Minuten meine Auffassung ändern, verzehrte ich diesen Grundlag auch heute. Aber Richard Müller weiß auch selbst genau, daß ich, wie alle damals tätigen Genossen, zu allen möglichen Opfern bereit war. Sagte er doch selbst zu mir in Gegenwart anderer, damaliger Kämpfer: „Deine Tätigkeit und Opferbereitschaft wird unvergesslich bleiben.“ Ich möchte Richard Müller nicht fragen, wie oft ihm Kollegen aus der Partei geholfen haben. Mit solchen geistigen Waffen zu kämpfen mag kommunistisches Prin-

zip sein, es geht jedenfalls nicht die Sache, die Richard Müller vertritt. Ich würde mich jedenfalls trotz aller Anpöbelungen nicht vom Standpunkt der Sachlichkeit abbringen lassen. Weder die gewerkschaftliche Bedeutung der Müllerschen Notiz werden wir uns an einer anderen Stelle aussprechen. Aber ausgesprochen muß werden, wer von Gefühlen der Dankbarkeit seine Haltung im proletarischen Kampf beeinflussen läßt, macht sich zur politischen Spottfigur.

Arbeiter und Angestellte Berlins!

Gute Not an Ober- und Unterbefehlshaber zu lindern und schließlich Euren Kollegen der Befehlshaberindustrie Arbeit zu schaffen, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die Warenversorgung seiner Mitglieder in die Hand genommen. — Dort Euren Bedarf in Wäsche, Tricotagen, Strümpfen, Herren- und Junglingsbekleidung und Schuhwerk aller Art bei den durch die Berliner Gewerkschaftskommission eingerichteten Verteilungsstellen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Zimmerstr. 68, Seebellstraße 37-38 (Betriebswerkstätte des Schneiderverbandes), Brunnenstr. 155 (Schneider-Gewerkschaft „Hoffnung“), Engelstr. 21 (Transportarbeiter-Verband), Karlshorst-Waldstraße, 5. Gemeindefeld 54, Charlottenstr. 3 (U. S. G. Konsumverein). Abgabe der Ware erfolgt nur gegen Nachweis der Mitgliedschaft. Unterstützt Alle Eure Gewerkschaft bei diesem gemeinnützigen Werk der Selbsthilfe. Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend. I. A. Sabath.

Techniker und Harmonieverbände

Seitdem durch die Verschmelzung des alten Deutschen Technikerverbandes mit dem Bund der technisch-industriellen Beamten in ganz Deutschland nur eine Organisation der technischen Angestellten vorhanden sind, haben die Arbeitgeber sowohl als auch die in ihrem Kaufkraft treibenden Harmonieverbände keine Mittel und Wege gesehen, in die Geschlossenheit der technischen Angestellten Besche zu legen. Alle ihre Versuche sind bisher gescheitert an dem Verstandnis der technischen Angestellten, die es ablehnen, ihre stiefmutter Organisation zu verlassen. Jetzt versuchen die Harmonieverbände, diese Schleppenträger des Kapitals, auf heimlichen Wegen ihr Ziel dadurch zu erreichen, daß sie vom Bund der technischen Angestellten und Beamten abgeschlossene Tarifverträge abbrechen und zu den Arbeitgeberverbänden laufen, um Abhilfe zu erbitten. Diesem Treiben ist man erst jetzt auf die Spur gekommen und der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat die Harmonieverbände und die Arbeitgeberverbände zu einer Aussprache am Montag, den 21. März, abends 7 Uhr, nach den Prachtstätten Al-Berlin, Blumenstr. 10, eingeladen. Es ist Pflicht eines jeden technischen Angestellten, an dieser Versammlung teilzunehmen, um den kaufmännischen Harmonieverbänden sowohl als auch den Arbeitgeberverbänden zu zeigen, daß nach wie vor der Bund der technischen Angestellten und Beamten die einzige Organisation der deutschen Techniker ist und bleiben soll.

Beendeter Streik in Poremburg. Nach einer Havasmedung aus Poremburg hat der Vorstand der Gewerkschaften den Streik für beendet erklärt.

Fleischergesellen! Die Betriebe der Fleischermesser Lehndorfer, Reichenberger Straße 72a; Kroner, Marienburger Straße 19; Rabe, Schmedenstr. 17a, sind für organisierte Kollegen wegen Tarifbruch gesperrt. Herr Lehndorfer, Reichenberger Str. 72a, erklärt, daß er lieber seinen Laden schließen will, als seinen Leuten zeitgemäße Arbeitsbedingungen zu gewähren. Wir eruchen die Arbeiterkassier, den genannten Fleischermessern in besonderem Maße ihre Aufmerksamkeit zu widmen und den Kampf der Fleischergesellen recht tatkräftig zu unterstützen, indem sie ihren Bedarf in anderen Geschäften deckt. Zentralverband der Fleischer.

Holzarbeiter, Bezirk Neukölln. Für den Bezirk Neukölln ist zur Wahl der Delegierten zum Verbandstage und zur Stichwahl der engeren Verwaltung ein zweites Wahllokal vorgegeben worden, das nicht im „Mitte-Blatt“ vorgelesen ist. Wir eruchen daher zur Kenntnis zu nehmen, daß am 24. und 25. März auch im Lokal von Armann, Kochl., Knefelstraße, Ecke Hermannstraße, gewählt wird. Wahlleiter ist der Kollege Dorn. — Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Gründliche Hilfsarbeiter! Am Montag, 21. März, 1921, abends 8 1/2 Uhr, findet im Graphischen Vereinshaus, Alexanderstraße 44, eine Zusammenkunft aller Funktionäre, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

U. S. P. D., Stellmacher, Dienstag, 7 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5. Versammlung aller Stellmacher, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen. Wichtige Tagesordnung. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Bestimmter für die Reklamen: Emil Rebold, Berlin, Bestenortstr. 10 für den Interessenten: Ludwig Kometziet, Karlsruher-Str. 10. Verlags-gesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Der Kollege zur Rechtsicht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Schlichter
Karl Schön
am 16. März.
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Reichstraße, statt.
Der Schlichter
Bernhard Ilius
Charlottenburg, Brühlstraße 2, am 17. März.
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, am der Friedhof des Hauptbahnhofs aus, statt.
Kege Beteiligung wird erwartet.
Eure Iheren Hinterbliebenen!
Die Ortsverwaltung.

Aktuell!
Wieder Weltkrieg entstand
Von Karl Kautsky,
Preis 6. — Mark

Buchhandl. Freiheit
Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Auch in allen Expeditionen erhältlich.

Achtung! Händler!
Streichhölzer 210 M.
Seifen: Doppeltseife, Feinseife / Sapolin
Zelfenpulver / Urdin
Nigeln. Billige Verpackung.
Kath, Brunnenstr. 169

Wanzen
Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch
Pfeifferol
Erschließlich in Apotheken und Drogerien.
Apotheker Otto Pfeiffer & Pflüger,
Berlin N 65, Schulstraße 16.

Botenfrauen
steht sofort ein
Ausgabe Johannisstraße
(Ecke Artilleriestraße)

Zeitungs-Austrägerinnen
steht ein
Expedition Marie Döring
Steinmeyerstraße 23.

Pianos * Stuhlfügel
gibt Beamten und solocnten Köchen gegen
bequeme Zahlweise
Ochse Kautsky in Gelegenheitskäufen
Steinmeyer, Weichstein, Wächter usw.
in bekannter erhaltener Kollektion

Mag Adam
Unter den Linden 41
Königsplatz 10
Telefonnummer 55

Kleine Anzeigen
Des Heberleinmarkt 2. — 900. jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto.
Der Heberleinmarkt 1.50 M. jedes weitere Wort im Text 1. — M.

Verkaufe
Kreuzstraße 195. — Ganz-
liche Pelzwaren für den ver-
kauft. Herren- und Damen-
kleidung. Goldschmuck. Ein-
wurf. Keine Konkurrenz.
Kreuzstraße 195. — Ganz-
liche Pelzwaren für den ver-
kauft. Herren- und Damen-
kleidung. Goldschmuck. Ein-
wurf. Keine Konkurrenz.

Möbel
Kaufmanns-Verkauf
Kreuzstraße 195. — Ganz-
liche Pelzwaren für den ver-
kauft. Herren- und Damen-
kleidung. Goldschmuck. Ein-
wurf. Keine Konkurrenz.

Kaufgefuche
Kreuzstraße 195. — Ganz-
liche Pelzwaren für den ver-
kauft. Herren- und Damen-
kleidung. Goldschmuck. Ein-
wurf. Keine Konkurrenz.

Werkzeuge und Maschinen
Kreuzstraße 195. — Ganz-
liche Pelzwaren für den ver-
kauft. Herren- und Damen-
kleidung. Goldschmuck. Ein-
wurf. Keine Konkurrenz.

Tiermarkt
Kreuzstraße 195. — Ganz-
liche Pelzwaren für den ver-
kauft. Herren- und Damen-
kleidung. Goldschmuck. Ein-
wurf. Keine Konkurrenz.

Dermietungen
Kreuzstraße 195. — Ganz-
liche Pelzwaren für den ver-
kauft. Herren- und Damen-
kleidung. Goldschmuck. Ein-
wurf. Keine Konkurrenz.

Verfchiedenes
Kreuzstraße 195. — Ganz-
liche Pelzwaren für den ver-
kauft. Herren- und Damen-
kleidung. Goldschmuck. Ein-
wurf. Keine Konkurrenz.